

Aboimmenspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden *Wochenpost* - Zeitung
wird der Abonnementpreis erhöht. Mindestens 100 M. bei Beibehaltung der *Wochenpost* und 60 M. bei Beibehaltung der *Sächsischen Arbeiterzeitung*. Durch die Zeitungen zusammen kostet das Abonnement 160 M. Unter Berücksichtigung des Steuerzuschlags auf die *Wochenpost* ist es 170 M.

Nachrichten
Sachsenstrasse 22, post.
Telegraphen: 12 106 1 Uhr.
Zeitung: Nr. 1. M. 1700.

Telegraphen-Nr.:
"Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnement
werden bis 6 geplante Zeitungen
über einen Raum mit 20 M. ver-
rechnet und bei mindestens 100 M. bei
Beibehaltung eines Pakets gesondert.
Beobachtungen ab 100 M. Gebühren
müssen bei mindestens 100 M. die
Fest in der Beobachtung angezogenen Kosten
und fiktiv im voraus zu bezahlen.

Erscheint:
Sachsenstrasse 22, post.
Telegraphen: 12 106 1 Uhr.
Zeitung: Nr. 1. M. 1700.

Telegraphen-Nr.:
"Arbeiterzeitung Dresden."

Nr. 70.

Dresden, Mittwoch den 26. März 1902.

13. Jahrg.

Zur Finanzlage in Sachsen.

Im reaktionären Blätterwald innerhalb der weiß-grünen Grenzen ist das ängstliche Weiters und das gütige Seien über die ländliche Finanzwirtschaft fast ganz verstimmt, seitdem Herr v. Wagner im Titus konserner Wissenschaften verhandelt ist; dafür erklärt jetzt verheißungsvolles Geräume von der zweiten Sparämter der Landesboden und der viel versprechende Kunstfertigkeit des neuen Herrn im Ministerium. Die unerwartete Anfügung der Steuerzuflüsse brachte zwar einige Diffusionen in den seitlangen Rückabsturz, jetzt aber singen die konserneule und die nationalliberale Pleymoh in röhrender Eintracht und lodenden Tönen das schöne Lied von der Möglichkeit der Steuerzuflüsse. Die bewunderungswürdige Kunstfertigkeit des Landtags im Sparen, so hören wir, soll sich gerade darin zeigen, dass nicht 50 Proz. Rückzug nötig sind, wie der alte Wagner angekündigt hat, sondern höchstens die Hälfte. Zu bejubeln glücklich sind Stunden aber redum man bereits von 20 und 18 Proz., und wenn noch einige Wochen ins Land gehen, ehe der Sondersteuerzettel die Optimisten im ordnungspolitischen Lager in die rothe Wirklichkeit zurückrufen werden, diese sicher bald dazu kommen, der Welt zu verblüffen, dass jeder ländliche Steuerzahler noch etwas von der Einkommensteuer herausträgt.

Tom Scherz bestreite. Die hoffnungsvolle Stimmung in der ländlichen Amtespreise ist verschämt, denn das komische Gemühen des Dreikönig-Landtags, den Rückzug durch Abstriche und sonstige Sparmaßnahmen möglichst herabzudrücken, steht so in den Vordergrund der Landtagssitzungen, dass optimistisch veranlagte Leute allerlei zu den angedeuteten Prophesien kommen können, wenn auch eine Reduzierung des Steuerzuflusses auf 20 Proz. recht wenig Wahrscheinlichkeit habe. Abstriche ist jedenfalls nicht, dass die Aufstellung im Etat, um Grund derselben einfließend, des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Schon ein flüchtiger Blick auf die "weiße Sparmaßnahmen" des Landtags, die zur Erhöhung der Steuerzuflüsse führen soll, wird unsere Behauptungen bestätigen. Was hat man gethan — wo hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine

Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Was hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller

Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Was hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine

Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Was hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine

Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Was hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine

Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag in der bezeichneten Weise "spart" und an notwendigen Bauten Abstriche macht! Diese Sparmaßnahmen erfordern, wie aus den Kosten des Verkehrs, des Schulwesens und der Rechtsprechung, was aber vom finanziellen Standpunkte aus die Hauptpacke ist: die angekündigten Mängel und Mängel werden sich in nächster Zeit mit solcher Macht geltend machen, dass sie nicht mehr hinausgeschoben werden können.

Bei allem bleibt man sich, so doch wesentlich zu fürgen, auf diese Weise wird man fertig bringen, die Steuerzuflüsse etwas herabzudrücken. Nicht wäre aber trügerischer als die Annahme, dass dadurch für die Finanzlage unseres Vaterlandes etwas gewonnen wäre. Ganz im Gegenteil. Man kommt nicht als eine Volksfrisch, nach der die verhängnisvollen Folgen unserer verfehlten Finanzwirtschaft und der konsernen Interessenpolitik nur um so deutlicher zu Tage treten müssen. Die ländlichen Steuerzahler werden nicht nur erfahren müssen, dass ausgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern dass sie die ausgeschobenen Ausgaben mit Zins und Zinseszins dennoch tragen müssen und viele andere neue, unabsehbare Kosten dazu. Die Folgen sind mit Händen zu greifen.

Was hat man gespart? Jedenfalls ist das Antrittsdatum aller Gehaltszulagen für Beamte, Lehrer usw. bis zum 1. Juli 1903 verschoben worden. Damit hat man auf Kosten der Beamten eine

Ersparnis erzielt, die aber nur vorübergehend ist, zu einer dauernden Verlängerung der Finanzlage jedoch auch nicht nichts beiträgt. Die Verlängerung hat nur zur Folge, dass die Ausgaben in der nächsten Finanzperiode rapid in die Höhe gehen, denn zu den aufgeschobenen Ausgaben kommen zu Sicherheit, wie zweimal zwei vier ist. Man hat ferner eine Reihe Abstriche vorgenommen an notwendigen Erweiterungsbauden bei Schulen, Amtsgerichten, in ländlichen Betrieben, bei Bahnhöfen usw. Auf diese Weise hat man mehrere hunderttausend Mark gespart". In den meisten Fällen wird hier in Weisheit von Nachvollzügen wieder in Erinnerung treten, was man abgetrieben hat. Eine große Reihe notwendiger Bauten hat man ganz veragt. Was den Petitionsvereinshäusern aber ist zu erlösen, dass eine beträchtliche Anzahl Siedle das dringende Bedürfnis fühlt, dass das Amtsgericht erweitert, der Bahnhof aber sonst ein Verwaltungsbau umgebaut wird, um. Bürslich wurde die Thatsache im Landtag konstatiert, dass auf dem Dresdner Landgericht und dem Handelsgericht die Richter und die Gerichtsräte bei weitem nicht mehr ausreichen, und die Richter, nur um die Arbeit bewältigen zu können, zu Manipulationen greifen müssen, die zwar eine schnelle Erledigung der Arbeiten ermöglichen, bezüglich deren über die Juristen im Landtag einschließlich des Justizministers im Zweck waren, ob sie mit dem Reichsabgabenvertrag in Einklang zu bringen sind. Man hat einfach unter Einsparung von Reisekosten und Amtskosten die Zivilämter zu vermehren, doch aus 9 deren 14 werden, ähnlich in es dem Handelsgericht, das die Rechtsprechung dadurch nicht genannt, dann einem Zweck unterliegen. So, wie in Dresden, wird es in anderen Städten auch sein. Und die Ursachen dieser Mängel? Man hat nicht die nötigen Räume, um neue Zivilämter zu errichten, und auch nicht das erforderliche Richtpersonal. Und unter solchen Umständen hält man es für eine Kulturthat, wenn der Landtag